

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kaufpreis 15,500.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Mk., incl. Fracht 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gedruckt für Extrablätter ohne Postbefreiung 30 Pf. mit Postbefreiung 45 Pf. Druckort Leipzig, Poststraße 20 Pf. Verschiedene Schriften laut unserem Preisverzeichnis — Labelsänderung nach Bedarf. — Adressänderung unter dem Reaktionsbillet die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postnachschuß.

Erstausgabe täglich früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition Johannisgasse 33.

Spezialabdruck der Redaction: Montags 10—12 Uhr. Donnerstags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächsten Tage bestimmte Nummer bestimmt. Inhaber an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 Uhr. In den Filialen für Ost-Annahme: Otto Klemm, Unterwallstraße 22. Louis Schick, Rathhausstr. 19, 2 nur bis 1/2 Uhr.

№ 170.

Mittwoch den 19. Juni 1878.

72. Jahrgang.

### Bekanntmachung, die Reichstagswahl betreffend.

Behufs Aufstellung der Reichstagswähler werden in den nächsten Tagen in die einzelnen Grundstücke der Stadt von uns Fragebogen gesendet, in welche alle diejenigen hier wohnhaften, wenn auch vorübergehend abwesenden männlichen Personen mit Bor- und Nament nach Stand und Gewerbe einzutragen sind, welche das 25. Lebensjahr erfüllt haben und Angehörige des deutschen Reichs sind. Die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter haben diese Fragebogen den Adressirten, letztere ihren etwaigen Mitbewohnern auszuheften; die Fragebogen sind genau nach der denselben vorgezeichneten Anweisung auszufüllen und bei Beantwortung von 16 A. Geld- beziehentlich entsprechender Poststraße, längstens binnen 2 Tagen, vom Tage der Zustellung an gerechnet, von 8—12 Uhr Vormittags und von 2—6 Uhr Nachmittags im hiesigen Einwohnerbureau, Reichstraße 58/54, von den Hauseigentümern oder deren Stellvertretern persönlich oder durch Bevollmächtigte über die Hausbewohner genaue Auskunft zu erteilen vermögen, abzugeben. Jeder Wähler hat sich übrigens nur in dem Fragebogen des Hauses, in welchem er wohnt, einzutragen. Leipzig, den 13. Juni 1878. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Tröndlin. Rißsch.

### Bekanntmachung.

Die Ausmusterungs- und Ersatzverfahrensliste II. Klasse der in diesem Jahre hier gemusterten Mannschaften sind eingegangen und liegen auf unserm Quartieramt, Rathhaus 2. Etage, zum Abholen bereit, was hiermit zur Kenntnissnahme der Beteiligten gebracht wird. Leipzig, am 13. Juni 1878. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Tröndlin. Samprodt.

### Bekanntmachung.

Das 16. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis zum 5. Juli d. J. auf dem Rathhaussaal öffentlich aushängen. Dasselbe enthält: Nr. 1246. Gesetz, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichs. Vom 12. Juni 1878. Leipzig, den 17. Juni 1878. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Tröndlin. Gerutti.

### Wahlaufruf

#### der nationalliberalen Partei.

Die unerwartete Auflösung des Reichstags ruft die Wähler in schwerer Zeit zur Wahlurne. Unersättliche Frevelthaten sind an dem ehrwürdigen Haupte und Stütze der deutschen Nation verübt. Eine tiefe Aufregung durchdringt das deutsche Volk. Kammer, Scham und Hohn erfüllen alle Gemüther und werden noch gesteigert durch die in erschreckendem Umfange hervortretenden Zeichen einer weitverbreiteten Verwirrung und Vermilderung.

In Folge einer gewaltigen, alle Culturländer umfassenden, von der Gesetzgebung einzelner Länder unabhängigen Krisis und des orientalischen Krieges liegen Handel und Gewerbe noch immer darnieder, die besitzenden und die arbeitenden Klassen leiden gleichmäßig unter dem schweren wirtschaftlichen Drucke.

Politische und confessionelle Kämpfe lähmen die einheitliche Kraft der erhaltenden Elemente.

Die politische Organisation des deutschen Reichs ist noch nicht erfüllt. Das Finanz- und Steuerwesen harret einer umfassenden Reform. In dieser Lage ergeht die Aufforderung der Reichsregierung an die Nation, aus Reue Vertreter zu entsenden, welche bereit und entschlossen sind, ihr Hülfen und Unterstützung zu gewähren in dem Kampfe gegen die Ausschreitungen der Socialdemokratie.

Wir sind davon überzeugt, daß auch die große Mehrheit des aufgelösten Reichstages hierbei ihre Mitwirkung nicht verweigert haben würde, welche unsere politischen Freunde schon damals anboten, als der Reichstag sich auflösen ließ, das im letzten Augenblicke vorgelegte Gesetz abzulehnen.

Unsere politischen Freunde werden auch im neuen Reichstage es als ihre erste Pflicht erachten, der Reichsregierung in der Vertretung der Grundgesetze gesellschaftlicher Ordnung und staatlicher Sicherheit entschlossen zur Seite zu stehen, und überall, wo eine aufmerkame und energische Handhabung der bestehenden Gesetze nicht ausreicht, die erforderlichen gesetzlichen Vollmachten und Befugnisse ohne Schwanen zu gewähren.

Alle Vorschläge, welche darauf gerichtet sind, in wirksamer Weise die auf den Umsturz der bestehenden Rechtsordnung und die Zerstückelung des bürgerlichen Friedens gerichteten Angriffe zu verhindern und abzuwehren, ohne die dauernden Garantien unserer schwer errungenen bürgerlichen Freiheit zu gefährden, werden unsere Unterstützung finden. Wir werden solche Gesetzentwürfe lediglich nach ihrem Wesen und ihrer Wirksamkeit prüfen. Eine gleiche Unbefangenheit setzen wir bei allen Mitwirkenden voraus und zweifeln daher nicht, daß die Einigung der geschehenden Factoren gelingen werde.

Aber in voller Würdigung des Ernstes der Lage und der durch die Verhältnisse der Gegenwart unerlässlich gebotenen Maßregeln müssen die Wähler inmitten der jetzigen Erregung sich erinnern, daß der Nation unentbehrliche dauernde Rechte und Freiheiten nicht verloren gehen dürfen, daß eine sociale Krankheit zu heilen ist, nicht allein ihre gefährlichen Symptome zu unterdrücken sind, und daß eine wahre Heilung nicht von den Gesetzen allein zu erwarten, sondern durch die freie und thätige Mitwirkung aller Theile des Volkes bedingt ist.

Wir unsererseits weisen gegenüber der gewaltigen, allen Freunden des Vaterlandes gleichmäßig gestellten Aufgabe jede einseitige Rücksicht auf das Parteinteresse von uns. Wir werden auch in Zukunft lediglich nach unserer Ansicht von den Bedürfnissen des Landes handeln.

Die deutschen Wähler werden eingedenk bleiben, daß der nächste Reichstag auch berufen ist, eine große Anzahl anderer wichtiger Fragen zu lösen.

Es gilt, die Institutionen des Reichs in constitutionellem Sinne aufzubauen und die Bedingungen einer stetigen und wohlwollenden Leitung der Regierung zu sichern.

Es gilt, mittels einer planmäßigen Steuerreform das Reich durch Vermehrung der eigenen Einnahmen finanziell selbstständig zu machen und

Erfolg für die ungleich belastenden Matrikularumlagen zu schaffen. Es gilt, für lange Zeit die Handelspolitik des deutschen Reichs herzustellen.

Wir verlangen nach wie vor eine Steuerreform, welche zugleich die Verhältnisse des Reichs und der Einzelstaaten berücksichtigt und nicht bloß eine Mehrbelastung des Volks herbeiführt. Wir verlangen ein Finanzsystem, welches die constitutionellen Rechte der deutschen Volksvertretungen wahrt. Wir werden Vorschläge nicht zulassen, deren Annahme große und blühende Gewerbezweige vernichten würde.

Die Forderungen haben niemals einen Theil unserer politischen Programms gebildet. Ueber manche derselben gehen auch in unseren Reihen die Ansichten auseinander, aber einig sind wir darüber, daß die Handelspolitik nach festen Gesichtspunkten und dauernden Grundsätzen geleitet werden muß, daß nur das allgemeine Interesse des Landes bestimmend sein darf, und daß die großen Grundzüge der durch ein halbes Jahrhundert erprobten Politik nicht durch unsichere Experimente verdrängt werden dürfen.

An den Grundlagen der Verkehr, Handel und Gewerbe giebt es keine Haltbarkeiten, doch wird und wird auch in Zukunft nicht hindern, die bessere Hand anzulegen, wo die Erfahrung Mißstände oder Mängel klar gelegt hat. Insbesondere werden wir alle Maßregeln unterstützen, welche den Zweck haben, das geistige und materielle Wohl der arbeitenden Klassen zu fördern.

Das deutsche Bürgerthum in Stadt und Land hat bei den letzten Wahlen sich nicht beirren lassen durch die gegen uns erhobene Anklage, daß wir beim Abschlag der Justizgehe der Staatsgewalt zu viel eingeschränkt hätten. Es wird sich nicht beirren lassen durch die jetzt von anderer Seite erhobene Anklage, daß wir der Staatsgewalt zu wenig einräumten und nicht bereit seien, die Autorität des Staates und der Behörden im vollen Maße sicher zu stellen.

Die nationalliberale Partei, welche seit den ersten Tagen nationaler Einigung besteht, war, an der Errichtung und dem Ausbau des deutschen Reichs auf den Grundlagen bürgerlicher Freiheit und Gerechtigkeit mitzuwirken, wird auch in Zukunft, allen Angriffen zum Trotz, ihren bisherigen Grundsätzen getreu bleiben.

Das deutsche Volk wird, des sind wir sicher, seine Entscheidung auch dies Mal mit Besonnenheit und Festigkeit treffen.

Berlin, den 16. Juni 1878.

### Das Central-Wahl-Comité der Nationalliberalen Partei.

Dr. Ludwig Baumberger, v. Benda, v. Bennigsen, Georg v. Bunsen, Fr. Fernburg, v. Forstendorff, Dr. Friedr. Rapp, Rieker, Voster, Marquardsen, Miguel, G. v. Oppenheim, Fögge, Strechert, Wilbert, Frick, Schenk v. Stauffenberg, Stephan, Dr. Tschow, v. Unruh, v. Wapl, Dr. Wachs, Dr. Weigel.

Der obige Wahlaufruf ist das Ergebnis der eingehendsten Beratungen, die jüngst im Centralwahlcomité der nationalliberalen Partei stattgefunden haben. Dieses trat am Sonntag, 16. Juni, in Berlin zusammen, um die allgemeinen Grundzüge für das Verhalten im gegenwärtigen Wahlkampfe zu beraten und sich mit einer Ansprache an das deutsche Volk zu wenden. Nachdrücklicher, als durch Verlauf und Ergebnis dieser Sitzung, hätte die Behauptung von einer Spaltung innerhalb der nationalliberalen Partei nicht widerlegt werden können. Aus den verschiedensten Gegenden des Vaterlandes waren die Mitglieder des Centralorgans herbeigekommen, aber sie fanden sich ohne jede Schwierigkeit zusammen in der gleichen Auffassung der Lage. Ihren Ausdruck findet diese Auffassung in dem beschlossenen Aufrufe. Nach zwei Richtungen hin giebt derselbe die Norm für das Verhalten der Partei in Bezug auf die diesmaligen Reichswahlen. Man ist der Ueberzeugung, daß über die Frage des Augenblicks — wirksame Maßregeln gegen die auf den Umsturz hinarbeitenden Bestrebungen der Socialdemokratie

— ein ernstliches und dauerndes Zerwürfniß unter den Verteidigern von Staat und Gesellschaft gar nicht denkbar ist; man zweifelt keinen Augenblick, daß die Vertheidigung unter den Factoren der Gesetzgebung über die Abwehr einer Gefahr, welche von allen Seiten anerkannt ist, bei der erforderlichen Unbefangenheit des Urtheils und Aufrichtigkeit des Willens sicher erreicht werden wird. Wenn die Wähler sich bei ihren Candidaten dieser Unbefangenheit und Aufrichtigkeit versichert haben, mögen sie getrost die Feststellung der zweckmäßigsten Mittel zur Bekämpfung der drohenden Gefahr in parlamentarischen Verhandlungen überlassen; es ist unmöglich, die Wahlversammlungen mit dem Streite über, wir möchten fast sagen, technische Einzelfragen der Gesetzgebung anzufüllen. So weit der eine Punkt. Der andere betrifft die regelmäßigen Aufgaben der Legislative. Von Anfang an ist als die bedeutendste Seite der Auflösung des Reichstags im gegenwärtigen Augenblicke hervorgehoben worden, daß inmitten einer Erregung, die durch zwei unerhörte Verbrechen hervorgerufen und durch die Wahrnehmung außerordentlicher sozialer Krankheitserscheinungen noch vermehrt wird, die Rücksicht auf die dauernden Ziele in verhängnisvoller Weise werde zurückgedrängt werden. Dieser Gefahr gilt es mit aller Entschiedenheit zu begegnen. Geschicht dies, sehen sich die Wähler ihren Candidaten nicht allein auf die Bereitwilligkeit zur Bekämpfung der Socialdemokratie, sondern auch auf seine Stellung zu den auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete demnächst zu lösenden Fragen an, so dürfen wir der Entscheidung des 30. Juli mit ruhiger Zuversicht entgegengehen. Ein nationalliberaler Wahlaufruf bedarf zur Bezeichnung und Erläuterung dieser Fragen nicht vieler Worte. Es handelt sich um Forderungen, welche die nationalliberale Partei seit langer Zeit gestellt hat. Heute kommt es nur darauf an, sie in Erinnerung zu bringen. Und weil dem so ist, darum darf dieser Aufruf des Centralwahlcomité ohne Bedenken als eine Manifestation der nationalliberalen Partei angesehen werden. Von verschiedenen Seiten war angeregt worden, die leitende Rundgebung für die Wahlbewegung, statt von einem vor Jahren ernannten Ausschusse, von einem allgemeinen Parteitag ausgeben zu lassen. Das Centralwahlcomité selbst hätte sehr gern, dieser Anregung Folge geben zu können. Die Kürze der Zeit bis zum Wahltermine aber, die Arbeitüberhäufung der Localcomités, die Unmöglichkeit, mit der Manifestation der Partei noch länger zu warten — alle diese Gründe liegen die Anberaumung eines Parteitages im gegenwärtigen Augenblicke als unausführbar erscheinen. Man wird denselben auf eine spätere, ruhigere Zeit verschieben müssen. Für jetzt galt es, rasch zu handeln. Und jeder Unbefangene wird anerkennen, daß die Männer, die sich nunmehr im Namen der Partei an das Land wenden, dabei überall die Linie innegehalten haben, auf welcher das Vertrauen eines großen Theils unseres Volkes sie seit einer langen Reihe von Jahren begleitet hat. — Der Aufruf der nationalliberalen Partei wird, so hoffen wir, erheblich zur Beruhigung der Gemüther und zur Klärung der Lage beitragen. Er ist keine Streitschrift; seine Absicht ist Vertheidigung, Vertheidigung der Errungenschaften einer segensreichen politischen Entwicklung gegen die geschworenen Feinde derselben. Die Rechnung unserer Gegner war, durch Ausbeutung einer außerordentlichen Stimmung Verwirrung und Zwietracht in unsere Reihen zu tragen. Wenn das Wort, welches heute an die Unjüngern hinausgeht, überall, wie es ehrlich gemeint ist, auch ehrlich verstanden wird, so zweifeln wir nicht, daß uns der 30. Juli alle einmüthig und fest um die alte Fahne geschaart finden wird.

Der Wahlaufruf der nationalliberalen Partei ist von sämtlichen Mitgliedern des Centralwahlcomité mit Ausnahme der Herren Dr. Braun und v. Hölder unterzeichnet. Die beiden Mitglieder waren in der Sitzung nicht anwesend und hatten ihr Ausbleiben mit zwingenden Gründen entschuldigt.

### Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 18. Juni.

Auch die deutsche Fortschrittspartei hat einen Wahlaufruf erlassen, worin es heißt: Die deutsche Fortschrittspartei verlangt von der Regierung rasche und starke Wiederherstellung jedes Versuches einer gewaltsamen Unterdrückung der Reichsordnung, strenge und unparteiische Handhabung der Gesetze gegenüber jeder Ausschreitung. Sie ist bereit, jede Vorlage der Regierung vorurtheilsfrei zu prüfen, welche Verbesserungen der bestehenden Gesetzgebung in dieser Richtung erhebt.

Aber die Fortschrittspartei muß es ablehnen, den Gegenstand der Klassen, wie ihn die Socialdemokratie thatsächlich aufreißt, geschlecht anzuregen. Nach ihrer Ueberzeugung würde die Geschichte auch diesmal keine Ausnahme machen von der Lehre, die sie predigt, daß eine Bewegung der Geister mit geistigen Mitteln zum Stillstand gebracht werden muß, und eine Rückkehr der Gesetzgebung zur Rechtsungleichheit und damit zur Unrechtigkeit und Willkür eine solche Bewegung eher schüren und aus der Festlichkeit in das Geheimniß gefährlicher Verschwörung zwingen würde.

Wähler, vergeßt nicht über der Erregung des Augenblicks, daß der neue Reichstag nicht bloß berufen sein wird, Maßnahmen gegen die Socialdemokratie zu beraten, sondern daß er, für drei lange Jahre gewählt, in diesem Zeitraum die schwerwiegendsten Fragen der wirtschaftlichen Ordnung, der Organisation der Reichsverwaltung und der künftigen Gestaltung des Militärdienstes zu entscheiden haben wird.

Es gilt, den Volkshaushalt gegen neue Steuerbelastung, große Erwerbszweige gegen Neunutzung durch bedenkliche Projekte, wie Tabakmonopol, Reichseisenbahnen u. s. w. sicher zu stellen.

Wie nach der „Kreuzzeitung“ verlautet, soll dem neuen Reichstage in der nächsten Session neben einer speciell gegen die Socialdemokratie gerichteten Vorlage auch der Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes zugehen. Ueber die Ausfertigung dieses Gesetzentwurfes wird gegenwärtig von dem beteiligten Ressort beraten.

Die „Post“ giebt sich jetzt die Mühe, nachzuweisen, daß durch die Auflösung des Reichstags für die Beschaffung von Abwehrmitteln gegen die Socialdemokratie im Wege der Gesetzgebung kein Zeitverlust entstanden sei. Dabei schreibt sie: „Jeder, der mit dem Geschäftsgange vertraut ist, weiß, welchen Zeitaufwand die Ausarbeitung und Feststellung der Gesetzentwürfe in allen vorgeschriebenen Stadien der Vorbereitung, im preussischen Staatsministerium, in den Ausschüssen des Bundesrathes, im Bundesrathe selbst u. s. w. erfordert, wenn eine gründliche Prüfung erfolgen soll. Vor Mitte oder Ende des nächsten Monats wären diese Stadien auch im Falle der Nichtauflösung des Reichstags nicht zu passiren gewesen. Von einem Zeitverlust kann mithin nicht die Rede sein.“ Der am 24. Mai abgeleitete Gesetzentwurf zur Abwehr gegen socialdemokratische Ausschreitungen hat bekanntlich alle die angegebenen Stadien in Zeit von kaum einer halben Woche durchlaufen. Welche Ansicht muß demnach die „Post“ über die Gründlichkeit der Prüfung dieser Vorlage haben, deren Ablehnung sie der nationalliberalen Partei als ein so großes Verbrechen anrechnet!

Die Berliner Socialdemokraten waren am Sonntag Vormittag von den Herren Finn und Greiffenberg zu einer Wahlversammlung nach dem Locale Zellen Nr. 4 eingeladen und zogen schon in früher Morgenstunde in hellen Haufen durch das Brandenburger Thor dem angegebenen Locale zu. Dasselbst trafen sie jedoch auf starke Schutzmännchenposten zu Fuß und zu Pferde, und während in der Mitte des Gartens die Blüthe des Kaisers mitten in Blumenschmuck ihre Aufstellung erhalten hatte, kündigte ein Anschlag am Eingang den Anstimmungen an, daß die Versammlung nicht stattfinden. Den Reclamationen des Herrn Finn bezeugte der Wirth, Herr Walterstein, mit dem Einverständnis, daß ihm keine „Vollversammlung“, sondern eine „Ver-einsversammlung“ angezeigt worden sei, und daher für socialdemokratische Volksversammlungen kein Local nicht herbeige. Das Gros der Erschienenen setzte sich hierauf in dem Nachbarzelle Nr. 3 fest, bis auch der dortige